



CGFP

fonction publique

numéro 39, septembre 2020
paraît 6 fois par an
9^{ème} année

compact

CGFP-PRIORITÄTENLISTE ZUR RENTRÉE 2020:

ES BLEIBT VIEL ZU TUN

Die CGFP fordert die Politik – insbesondere das zuständige Ministerium – dazu auf, dem öffentlichen Dienst künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Menschen im Staatsdienst haben in Krisenzeiten wertvolle Arbeit geleistet und verdienen deshalb Respekt und Anerkennung. Die Regierung muss hier ein klares Signal setzen. Beifallklatschen oder unverbindliche Sonntagsreden reichen nicht aus.

Die Corona-Krise hat allen Bürgern das Bewusstsein geschärft, wie wichtig ein gut funktionierender öffentlicher Dienst für die Gesellschaft ist. Politische Entscheidungen zur Eindämmung des Virus konnten dank eines leistungsstarken Staatsdienstes in Windeseile umgesetzt werden. Ohne den unermüdlichen Einsatz der zahlreichen engagierten Staatsbediensteten hätte Luxemburg die gegenwärtige Krise mit Sicherheit nicht annähernd so gut meistern können.

Nicht erst seit dem Ausbruch der Pandemie haben sich der öffentliche Dienst und der kommunale Sektor als systemrelevant erwiesen. Die schwerwiegende aktuelle Krise hat leider auch dazu geführt, dass die Arbeitsbelastung in zahlreichen Verwaltungen gestiegen ist. Die Konsequenzen der ständig neuen Herausforderungen waren in nahezu allen Bereichen spürbar.

Monatelang waren unter anderem die Beschäftigten des Gesundheits- und Pflegewesens, der Rettungs- und Sicherheitskräfte (Polizei, Armee und Zoll) sowie die Postmitarbeiter und Lehrkräfte – um nur diese stellvertretend für andere Bereiche zu nennen – pausenlos im Einsatz, mit dem Ziel die gravierenden Folgen der Corona-Krise bestmöglich abzufedern. Sie alle haben das öffentliche Leben am Laufen gehalten. Dies dürfte damit sogar den schärfsten Kritikern vor Augen geführt haben, welche bedeutende Rolle der Staatsdienst in der Gesellschaft einnimmt.

Eine faire Steuerpolitik

Durch ihren beharrlichen Einsatz im Dienst der Allgemeinheit verdienen die Staatsbediensteten mehr als nur Lob. Damit sie für die kommenden Herausforderungen motiviert bleiben,

müssen sich die politisch Verantwortlichen erkenntlich zeigen.

In erster Linie gilt es, die Attraktivität zahlreicher Berufsstände substanziell zu verbessern. Staatsverwaltungen, die seit Jahren mit einem chronischen Personalmangel zu kämpfen haben, müssen dringend personell aufgestockt werden. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind auch verstärkte Investitionen in die Ausbildung zusätzlicher Fachkräfte notwendig. Krisenbedingte budgetäre Sparzwänge würden sich mehr denn je als fataler Trugschluss erweisen.

Wie sich die Lage in den kommenden Wochen und Monaten weiterentwickeln wird, ist angesichts der fast täglich ändernden Rahmenbedingungen schwer abzuschätzen. Sicher ist

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

nur, dass im Rahmen der nächsten Tripartite-Gespräche wohl oder übel kein Weg an einer Diskussion zur Finanzierung der Corona-Folgen vorbeiführen wird.

Gegenseitige Schuldzuweisungen wären der Sache nicht dienlich. Nach Überzeugung der CGFP darf die Last der aktuellen Krise unter keinen Umständen auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Sollte es sich als notwendig erweisen, wird die CGFP Druck aufbauen, damit die Beschäftigten die Folgen der Krise am Ende nicht alleine stemmen müssen.

Wie viel finanzieller Spielraum für die von der Regierung angekündigte Steuerreform noch bleibt, wird sich erst zeigen. Zu Beginn der Pandemie hatte Finanzminister Pierre Gramegna verkündet, die Steuererleichterungen würden im Zuge der Corona-Krise womöglich nicht so massiv ausfallen, wie ursprünglich geplant. Von Steuererhöhungen war damals nicht im Geringsten die Rede. Allerdings bekundete die Regierung, dass sie trotz Corona weiterhin an der Steuerreform festhalte.

Seit Monaten weist die CGFP mit Nachdruck darauf hin, dass Steuererhöhungen für natürliche Personen keine Option sind. Eine zusätzliche steuerliche Belastung auf Kosten der Bürger würde sämtliche Bemühungen zur Konjunkturbelebung zunichtemachen. Gerade in Krisenzeiten, die ohnehin von viel Ungewissheit auf dem Arbeitsmarkt geprägt sind, brauchen die gebeutelten Menschen ein Minimum an Planungssicherheit und Rückhalt. Wenn nicht der Staat diesbezüglich Verantwortung übernimmt, wer dann?

Statt die natürlichen Personen verstärkt zur Kasse zu beten, muss der Schwerpunkt in der Steuerpolitik ganz woanders liegen: Seit Jahren bleiben hierzulande Aktivitäten, die riesige Gewinne erzielen, nahezu von jeglichen Steuern völlig befreit. Dazu zählen zum Beispiel die steuerlich begünstigten Immobilienfonds. Nach Ansicht der CGFP ist eine derartige Politik in Zeiten einer unmittelbaren Rezession nicht mehr tragbar.

Schwierige Gehälterverhandlungen

Bei den sogenannten „Fonds d'investissement spécialisés“ (FIS) geht es keineswegs um Kleinkrämerei. Hunderte von Milliarden Euro werden dort von gut vernetzten Investoren sicher gebunkert. Mit welchen Argumenten will die Politik in Zukunft den „Normalbürgern“ allen Ernstes weismachen, dass es gerechtfertigt sei, diese kolossalen Summen minimal zu besteuern, wenn in der Gesellschaft Not am Mann ist?

„Normalsparer“ geraten hingegen angesichts der drohenden Minus-Zinsen zunehmend in den Zins-Würgegriff. Seit beinahe vier Jahren werden jährliche Zinszahlungen ab einem gewissen Betrag mit einer Quellensteuer von 20 Prozent belegt. An die Regierung richtet die CGFP deshalb umgehend den Appell, politischen Mut zu mehr Steuergerechtigkeit zu zeigen. Es kann nicht angehen, dass die Bürger – ähnlich wie damals bei der Wirtschafts- und Finanzkrise – erneut die ganze Zeche zahlen,



während die gut beratenen „Tycoons“ der Finanzmärkte die Steuerproblematik gekonnt umschiffen, ganz zum Leidtragen der Solidargesellschaft.

Einer der Schwerpunkte auf der CGFP-Agenda in den kommenden Monaten sind die anstehenden Gehälterverhandlungen. Schon jetzt ist abzusehen, dass diese Gespräche schwierig sein werden. Die Verhandlungen müssen dennoch geführt werden, da sich das bestehende Gehälterabkommen im Dezember 2020 dem Ende zuneigt. Folglich müssen die CGFP und die Regierung ein neues Übereinkommen erzielen.

Wie bereits in der Vergangenheit wird die CGFP mit viel Verantwortungsbewusstsein und Vernunft in die Gespräche einsteigen. Sie hat dabei nicht die Absicht, die Finanzlage des Staates zu ignorieren. Eine derartige Haltung einzunehmen, wäre angesichts dieser Jahrhundertkrise realitätsfremd. Die Staatsfinanzen müssen jedoch einer sorgfältigen Analyse unterzogen werden. Dabei gilt es zu prüfen, ob die Entwicklung tatsächlich so besorgniserregend ist, wie dies in manchen Kreisen geschildert wurde.

Erst kürzlich zeigte sich Wirtschaftsminister Franz Fayot in einem Interview mit RTL Télé Lëtzebuerg diesbezüglich recht zuversichtlich. Seiner Einschätzung zufolge befindet sich Luxemburg im Hinblick auf die kommenden Staatshaushalte nicht in einer „dramatisch schlechten“ Situation. „Mir wëssen, dass eisen Endettement an d'Luucht geet, mir wëssen awer och, dass mer d'Méiglechkeeten hunn, fir dat z'erdroen“, schlussfolgerte Fayot. Offen bleibt, wie lange Luxemburg noch die Möglichkeiten hat, diese Krise zu ertragen. Denn ihr Ende scheint einstweilen nicht in Sicht. Auch bleiben die Auswirkungen auf die Entwicklung der Weltmärkte und den Finanzmarkt in Luxemburg schwer einzuschätzen.

Unabhängig davon, wie schwierig die Gehälterverhandlungen sein mögen, steht jetzt schon fest, dass die CGFP zu keinem Zeitpunkt die Belange der Staatsbeamten und -angestellten aus den Augen verlieren wird. Sie wird ganz im Gegenteil darauf pochen, dass die sozialen Er rungenschaften konsequent erhalten bleiben.

Nicht eingelöste Vereinbarungen

Zudem müssen Vereinbarungen aus vorigen Gehälterabkommen, die bislang noch nicht von Regierungsseite erfüllt wurden, umgesetzt werden. In vorigen Verhandlungen hatte die CGFP mit dem damaligen Beamtenminister Dan Kersch einen finanziellen Betrag für die berechtigten Forderungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen festgehalten. Die CGFP wird darüber wachen, dass diese Abmachung nicht im Sand verläuft (mehr dazu auf Seite 5).

Bis Ende dieses Jahres müssen die laufenden Verhandlungen zwischen den 65 CGFP-Fach-

verbänden und dem Minister des öffentlichen Dienstes zu einem erfolgreichen Abschluss gelangt sein. Verschiedene Rückmeldungen, die die CGFP bereits von mehreren Fachverbänden erhielt, lassen jedoch nichts Gutes ahnen.

Zu den nicht eingelösten politischen Versprechen zählt auch die Einrichtung einer weiteren CGFP-Kindertagesstätte. Die CGFP wird es nicht hinnehmen, dass dieses wichtige Vorhaben in der Versenkung verschwindet.

Homeoffice ohne Zwang

Eine weitere Priorität der CGFP im Herbst stellt das Homeoffice dar, das infolge des Coronavirus drastisch ausgebaut wurde. Im September wurde eine CGFP-Arbeitsgruppe gebildet, die sich diesem Thema in den nächsten Wochen intensiv widmen wird. Die entsprechenden Schlussfolgerungen werden Beamtenminister Marc Hansen vorgelegt, sobald die tiefgründige Analyse abgeschlossen ist.

Für die CGFP kommt es nicht infrage, dass Telearbeit einem Mitarbeiter aufgezwungen werden kann. Der zuständige Ressortminister hat bereits in einer Unterredung mit der CGFP versichert, dass er nicht an diesem Grundprinzip rütteln wird. Dennoch stehen in Bezug auf die Heimarbeit viele Fragen im Raum, die es zu klären gilt. Die CGFP tritt für übergreifende Regeln ein, die sich auf den gesamten öffentlichen Dienst beziehen. Des Weiteren dürfen Staatsbedienstete, die im Grenzgebiet leben, bei der Besteuerung und der Sozialversicherung keine Nachteile gegenüber privaten Angestellten erfahren (mehr dazu auf Seite 6).

Das Fazit aller oben angeführten Überlegungen ist klar: Die CGFP wird sich bei ihrer themenreichen Prioritätenliste nicht auf faule Kompromisse mit der Regierung einlassen. Statt leerer Versprechungen, erwartet sie nun endlich Ergebnisse. In sämtlichen CGFP-Gremien ist eine klare Bereitschaft zu erkennen, alles Erdenkliche zu unternehmen, damit die Belange der Beschäftigten im gesamten öffentlichen Dienst auch in der Corona-Krise wahrgenommen werden.

Max Lemmer





BIEN CHEZ VOUS ET BIEN PROTÉGÉ

HOME

L'assurance habitation
100% personnalisable

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



Keine Antwort!

Regierung tut sich schwer mit der Beantwortung von Gewerkschaftsschreiben

Dass diese Regierung offensichtlich echte Weltmeisterqualitäten in der Nichtbeantwortung oder der verspäteten Beantwortung von Briefen hat, muss sie nicht noch extra unter Beweis stellen. Immer wieder treten Fachverbände an die CGFP heran und bedauern, dass auf ihre Schreiben nichts erfolgt. Und auch wenn der Dachverband CGFP dann nachhakt, ist selbst diese Vorgehensweise nur bedingt von Erfolg gekrönt.

Ganz oben in der Rangordnung der Ressorts, die sich mit der Beantwortung von Briefen besonders schwertun, stehen das Bildungsministerium und, kaum zu glauben, ... ausgerechnet das Ministerium des öffentlichen Dienstes!

In einem Erinnerungsschreiben an das Beamtenministerium vom 1. Juli 2020 musste die CGFP auf gleich sechs (!) CGFP-Schreiben aufmerksam machen, die über einen größeren Zeitraum unbeantwortet blieben. Die meisten davon stammten übrigens aus dem Jahre 2019, lange Zeit vor der Corona-Krise also, die somit sicherlich nicht als Grundlage für die Verspätungen bemüht werden kann.

Dass das Beamtenministerium nun, mitten in den Sommerferien, in einem einzigen Antwortschreiben auf die noch offenen Briefe eingeht und somit dennoch auf das CGFP-Erinnerungsschreiben vom vergangenen 1. Juli reagiert, ist zunächst einmal begrüßenswert, wäre da nicht der Inhalt, der den CGFP-Gremien, soviel sei bereits jetzt gesagt, in weiten Teilen alles andere als Genugtuung geben wird.

Erwartungen an die Regierung

Nehmen wir als Beispiel nur die in den vergangenen anderthalb Jahren geführten Gespräche des Beamtenministeriums mit den CGFP-Fachverbänden.

Zur Erinnerung: In dem mit der vorigen Regierung ausgehandelten und im Juni 2018 unterzeichneten Zusatzpapier zum damals laufenden Gehälterabkommen hatte die CGFP sich mit Erfolg für Gespräche zwischen dem Beamtenministerium und ihren Fachverbänden stark gemacht, dies, nachdem die sukzessiven Regierungen immer wieder die Auffassung vertraten, selbst sektorielle Anliegen würden ausschließlich mit dem Dachverband CGFP verhandelt.

Mit ihrer Bereitschaft, sektorspezifische Fragen nun mit den dafür zuständigen (weil von ihren Mitgliedern legitimierten) Berufsorganisationen zu erörtern, kam die Regierung einer

langjährigen CGFP-Forderung nach, die zuvor nicht zuletzt bei einer groß angelegten CGFP-Protestveranstaltung zum Ausdruck gebracht worden war.

Dass der derzeitige Beamtenminister in diesem Punkt weit über die im Zusatzpapier zum Gehälterabkommen vereinbarte Abmachung hinausging und nicht nur – wie festgelegt – diejenigen CGFP-Fachverbände empfang, deren Mitglieder sich aufgrund der Reformen von 2015 benachteiligt fühlten, sondern geradezu alle CGFP-Mitgliedsorganisationen zum Gespräch bat, ist ehrenwert und soll an dieser Stelle eigens hervorgehoben werden.

Dass die empfangenen CGFP-Fachverbände dann die Gelegenheit beim Schopfe packten und ihre Anliegen und Forderungen weit über die 2015^{er} Reformen hinaus zum Ausdruck brachten, kann und darf dann aber niemanden wundern. Das ist nicht nur legitim und angemessen, sondern gehört zum gewerkschaftlichen Auftrag von Berufsverbänden schlicht und ergreifend dazu! Alles andere wäre mit deren Bestimmung nicht vereinbar gewesen.

Der in diesem Zusammenhang im ministeriellen Antwortschreiben gegebene Hinweis, dass seit der letzten Unterredung mit einem CGFP-Fachverband der wirtschaftliche Kontext durch eine unvergleichbare Krise, die erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen habe, ordentlich durcheinandergewirbelt worden sei, ist sicherlich richtig und möchte auch niemand infrage stellen. Wenn dieser Umstand allerdings Folgen auf den Ausgang der Gespräche mit den CGFP-Fachverbänden haben sollte, wäre das nicht nur unverständlich und in keiner Weise hinnehmbar, sondern einfach vermessend.

Schlichtungsverfahren vermeiden

Zur Erklärung: Die Bestimmung, CGFP-Fachverbände zu Verhandlungen zu empfangen, fußt auf einem Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von Dezember 2016. Dass Ergebnisse aus solchen Verhandlungen natürlich auch einen wirtschaftlichen Impakt hätten, war auch schon damals gewusst. Und gerade aus diesem Grunde hatte die CGFP ja auch auf weitreichende Forderungen allgemeinen Charakters verzichtet, um den nötigen finanziellen Spielraum eben für sektorielle Anliegen zu schaffen, selbst, wenn in besagtem Zusatzpapier die Rede von Verhandlungen mit offenem Ausgang geht.

Nun überhaupt nicht oder bestenfalls nur sehr bedingt auf diese Anliegen eingehen zu wollen, kann alleine schon aus diesem Grund nicht infrage kommen. Diese Auffassung vertritt die CGFP. Und diese Haltung entspricht auch der Überzeugung sehr vieler CGFP-Fachverbände. Wie bereits bei der letzten CGFP-Vorstandskonferenz im vergangenen Dezember erwähnt, dürfte es in niemandes Interesse liegen, bis zum Jahresende mit Dutzenden von Schlichtungsprozeduren befasst zu werden, von denen schon einige in der Vorbereitung sind.

Nein, auf diese Weise sparen zu wollen, wäre sicherlich der falsche Weg. Das will allerdings nicht heißen, dass die CGFP die aktuelle Lage verkannt hätte. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Bereits ganz zu Anfang der Pandemie hat die CGFP die Bereitschaft und die Solidarität des öffentlichen Dienstes bei der Kostenbewältigung zum Ausdruck gebracht – dies natürlich unter der Voraussetzung, dass auch andere Kreise Verantwortung übernehmen.

Sparen mit einem Federstrich

Und übrigens: Auch für den Fall, dass der öffentliche Dienst einen eigenen Beitrag leisten müsse, hat die CGFP so ihre Vorstellungen. Eine davon wäre die sofortige Abschaffung des ohnehin sinnlosen Bewertungsmechanismus im öffentlichen Dienst. Die Praxis jedenfalls hat bestätigt, was die CGFP von Anfang an gesagt hat, und zwar, dass der damit verbundene Aufwand in keinerlei Verhältnis zum Resultat steht.

Mit einem einzigen Federstrich könnte also nicht nur einer fragwürdigen Praxis ein Ende gesetzt werden, sondern es könnte auch noch eine Menge Aufwand und damit jede Menge Geld gespart werden.

Dass auf den öffentlichen Dienst – Staat und Gemeinden – auch in schwierigen Situationen Verlass ist, hat dieser gerade während der Pandemie immer wieder unter Beweis gestellt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst waren und sind Grundpfeiler der Krisenbewältigung, bringt es etwa der deutsche Beamtenbund (dbb) treffend auf den Punkt. Und auch in Luxemburg haben die öffentlich Bediensteten in den vergangenen Monaten viel Lob erfahren, selbst aus Kreisen, aus denen das bislang nur sehr schwer vorstellbar war.

Und damit dürfte der beste Beweis doch erbracht sein: Für eine sinnvolle Bewertung bedarf es wahrhaftig keines schwerfälligen Systems!

Steve Heiliger



CGFP: Öffentlich Bedienstete dürfen nicht ausgebootet werden



Im Zuge der Corona-Pandemie arbeiten viele Menschen nicht im Büro, sondern von zu Hause aus. Die Arbeit im Homeoffice, die auch in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes möglich ist, bleibt ein wirksames Mittel, die Ansteckungsgefahr zu senken und das tückische Virus einzudämmen. Aufgrund der aktuellen Lage und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Krise genießt das Einhalten von spezifischen Kriterien zum Schutz der Gesundheit mehr denn je oberste Priorität.

In Bezug auf die Telearbeit hat die luxemburgische Regierung kürzlich mit den Nachbarländern vereinbart, die Ausnahmeregelung zur Besteuerung von Grenzgängern bis Ende

dieses Jahres zu verlängern. Folglich müssen Pendler aus Belgien, Frankreich und Deutschland, die von zu Hause aus arbeiten, bis zum 31. Dezember 2020 keine Sozialversicherung in ihrem Heimatland bezahlen. Zudem wird ihr Lohn innerhalb dieser Zeitspanne weiterhin in Luxemburg besteuert.

Bereits während des Ausnahmezustandes (état de crise) hatte die CGFP die Regierung mehrfach aufgefordert, die nötigen Schritte einzuleiten, damit auch öffentlich Bedienstete, die im Grenzgebiet wohnen, in den Genuss der damaligen Sonderregelungen gelangen.

Die CGFP geht fest davon aus, dass das Ministerium des öffentlichen Dienstes alles unter-

nommen hat und für die Belange seiner eigenen Mitarbeiter eingetreten ist. Für die CGFP wäre es jedenfalls nicht hinnehmbar, dass Staatsbedienstete ausgeschlossen würden. Sie fordert ganz im Gegenteil, dass die frisch ausgehandelten Bestimmungen auch für die betroffenen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und des kommunalen Sektors in vollem Umfang gelten müssen.

Der Umstand, dass diesbezügliche Regelungen sich lange Zeit nicht auf den öffentlichen Dienst bezogen, ist auf historisch bedingte Gegebenheiten zurückzuführen, die inzwischen längst überholt sind. Seit geraumer Zeit müssen öffentlich Bedienstete nicht mehr in Luxemburg wohnhaft sein. **ml**



NEWSLETTER CGFP



**GEHÉIERT ZU DEENEN,
DÉI PERMANENT ALS ÉISCHT UM NEISTE STAND SINN.**

Abonniert lech elo nach direkt: www.cgfp.lu



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

CGFP fordert verstärkte Schutzmaßnahmen in den Verwaltungen

Der Sommer hat sich dem Ende zugeneigt. Der Corona-Alltag, der von Ungewissheit und Angst geprägt ist, hat uns wieder eingeholt. Wie lange es dauern wird, bis der erhoffte Impfstoff tatsächlich vorliegt, ist noch immer nicht absehbar. Ein Ende der Pandemie ist auch nicht in Sicht. Daher ist es umso wichtiger, die Schutzvorkehrungen am Arbeitsplatz zu verstärken.

Anfang Juli entschied der Ministerrat, die Staatsbediensteten sollten an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Per Rundschreiben wurden damals die Verwaltungschefs und Abteilungsleiter angewiesen, auf ein Rotationsprinzip zu setzen: Ein Teil der Belegschaft sollte an bestimmten Tagen ins Büro zurückkehren, während die restlichen Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten. Die Regierung genehmigte bis zu drei Tage Telearbeit pro Woche.

Die Verwaltungen gehen mit dieser Vorgabe sehr unterschiedlich um. Ein klares Konzept ist derzeit im öffentlichen Dienst nicht erkennbar. Die Verwaltungschefs sind sich selbst überlassen. Aus Misstrauen gegenüber ihren eigenen Mitarbeitern verzichten einige Vorgesetzte gänzlich auf das Homeoffice. Andere wiederum haben ihre Berufskollegen phasenweise ins Büro zurückgeholt. Oft erfordert diese Rückkehr unter anderem bei der Gestaltung der Arbeitsräume wesentliche Änderungen.

Mit Bedauern stellt die CGFP fest, dass die Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten bei Weitem nicht in allen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen zufriedenstellend umgesetzt wurden. Die Hygiene- und Abstandsregeln, die auch in den kommenden Monaten unumgänglich bleiben werden, stellen manche Verwaltungschefs vor große Herausforderungen, denen sie nicht immer gewachsen sind.

Die CGFP fordert verstärkte Vorkehrungen zum Gesundheitsschutz der Staatsbediensteten. Wenn Verwaltungen nicht gewillt oder in der Lage sind, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, sollte möglichst auf die physische Rückkehr ins Büro verzichtet werden. In der Praxis hat sich mehrfach herausgestellt, dass die Abstandsregel von mindestens zwei Metern in verschiedenen Abteilungen aus Platzmangel nicht eingehalten werden kann.

Forscher sind sich einig, dass sich das Coronavirus durch das Einatmen virushaltiger Partikel verbreitet. Experten zufolge können diese sogenannten Aerosole insbesondere in Innenräumen bis zu 30 Minuten lang in der Luft



schwirren. Aus diesem Grund empfehlen die Fachleute, die Räumlichkeiten häufig zu lüften. Offensichtlich wurden sich jedoch im Sommer auf politischer Ebene keine Gedanken darüber gemacht, wie dies in der kühlen Jahreszeit in den Staatsverwaltungen gehandhabt werden soll.

Dazu gesellen sich gravierende Sicherheitsbedenken. Ein Beispiel: Welcher Lehrer, der gerade jüngere Grundschulkindern auf einem höheren Stockwerk eines Schulgebäudes unterrichtet, würde ohne zusätzliche Schutzvorkehrungen bedenkenlos die Fenster und Türen öffnen. Erschwerend hinzu kommt, dass zahlreiche Büros der Anforderung nach regelmäßigem Lüften nicht nachkommen können, da sich die Fenster gar nicht aufklappen lassen. Allem Anschein nach wurde während der Sommerpause die Gelegenheit verpasst, wenigstens einen Teil der betroffenen Gebäude entsprechend umzurüsten.

Mulmiges Gefühl zur „Rentrée“

Der Kampf gegen die Pandemie erfordert in Bezug auf unsere künftige Arbeitsweise neue Konzepte. Aufgrund der erhöhten Ansteckungsgefahr sollten Verwaltungen nicht darauf verzichten, den Beschäftigten feste Schreibtische zuzuordnen. In Großraumbüros sollte zudem eine festgelegte Laufrichtung für häufig genutzte Wege angezeigt werden. Diese Maßnahmen werden jedoch längst nicht überall angewandt.

Für die CGFP ist es unverständlich, dass es dem Vernehmen nach in manchen Verwaltun-

gen noch immer Büros gibt, die nicht über ausreichende Trennmauern und Abschirmungen verfügen, obwohl dort die Abstandsregel aus Platzgründen nicht respektiert werden kann. Zudem stellen manche Verwaltungen nur einen Desinfektionsspender für rund 50 Mitarbeiter auf. Falls die Bemühungen zur Eindämmung des Virus wirklich ernst gemeint sind, besteht hier sofortiger Handlungsbedarf.

Auch im Bildungswesen bleibt vieles im Ungewissen. Fraglich ist, ob die Rückkehr zum Regelunterricht mittel- und langfristig aufrechterhalten werden kann. Seit der „Rentrée“ Mitte September werden Tausende Schüler in Klassensälen unterrichtet, bei denen es zu klären bleibt, ob sie ausreichend durchlüftet werden können. Dieser Umstand sorgt nicht nur bei Gesundheitsexperten, sondern auch bei vielen Lehrkräften, Eltern und Schülern für ein mulmiges Gefühl. Die Fachwelt ist derzeit noch unterschiedlicher Auffassung, wie groß die Infektionsgefahr ist, die von Aerosolen aus geht. Dennoch besteht inzwischen weitgehend Einigkeit, dass geschlossene Räume die Ansteckungsgefahr erhöhen.

Unbeachtete Alternativen

Das deutsche Umweltbundesamt hat kürzlich das Einrichten von CO₂-Messgeräten zur Senkung des Übertragungsrisikos in den Klassenzimmern vorgeschlagen. Falls sich CO₂ in der Luft befindet, die von Menschen ausgeatmet wurde, mehrt sich auch die Anzahl der Aerosole. Sind die Werte zu hoch, können die CO₂-Sensoren Alarm schlagen und somit Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Bislang blieben derartige Überlegungen von den politisch Verantwortlichen hierzulande weitestgehend unbeachtet. Stattdessen wurde sich auf gut inszenierte Studien beschränkt, die belegen sollen, dass die Schulen kein Infektionsherd sind.

Für die CGFP steht fest, dass ein Umdenken erfolgen muss. Lediglich darauf zu hoffen, dass der Normalbetrieb gewährleistet werden kann, ist angesichts einer drohenden neuen Infektionswelle zu riskant. Für den Fall, dass infolge steigender Infektionszahlen ein normaler Schulunterricht nicht mehr möglich sein sollte, muss ein Plan B vorliegen. Neue Unterrichtskonzepte könnten dabei hilfreich sein. Sollte es zudem notwendig sein, die Schüler über einen längeren Zeitraum hinweg erneut in A und B Klassen aufzuteilen oder wieder ganz daheim zu unterrichten, sind auch mehr personelle und materielle Ressourcen erforderlich.

Die CGFP und deren Fachverbände werden die weitere Entwicklung der Pandemie genau im Auge behalten und – falls nötig – verstärkt einschreiten, um den Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst zu wahren.

Max Lemmer

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS (Attention: nouvelles heures d'ouverture!)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu – <https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

AFAS 
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Avez-vous changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/contact/changement-adresse

Ancienne adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
téléphone:

Nouvelle adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
email:



Le financement de la crise au cœur des discussions



Avant les vacances d'été un échange de vues approfondi entre la CGFP et le groupe parlementaire du CSV a eu lieu à la demande de ce dernier. Cette entrevue constructive s'est axée notamment sur les conséquences économiques et sociales de la crise Covid-19.

Les deux parties sont convenues sur la nécessité d'un dialogue social engagé pour relever les défis futurs. La CGFP a salué le fait que le gouvernement a relancé la tripartite sous la pression des syndicats. Toutefois, selon elle, les coûts résultant du préjudice économique devraient bientôt figurer à l'agenda.

L'attention se tourne davantage autour de la question, qui payera la facture de la crise. Selon la CGFP, l'État a pris ses décisions dans la lutte contre la pandémie aux dépens de la sécurité sociale. Ce trou financier doit être comblé. Mais jusqu'à présent, le gouvernement a refusé de s'attaquer à cette question importante, a souligné la CGFP.

Lors de la prochaine tripartite, la CGFP rappellera au gouvernement la promesse de ne pas envisager des mesures d'austérité pour assainir les finances publiques. Afin de ne pas mettre en péril la reprise économique tant attendue, aucune augmentation d'impôt au détriment des personnes physiques ne doit être envisagée à court et à moyen terme.

Au plus fort de la crise, le Luxembourg – contrairement à d'autres pays – a pu se réjouir du bon fonctionnement de la fonction publique. Les agents de l'État et du secteur communal ont contribué de façon exemplaire à ce que toutes

les mesures politiques et sanitaires soient mises en œuvre immédiatement.

La CGFP a souligné que les agents publics doivent s'adapter constamment aux nouvelles circonstances d'un monde en mutation rapide. Au lieu de mettre la numérisation sur un piédestal, d'importantes ressources financières devraient être mises à disposition pour atteindre ces objectifs ambitieux.

Des règles uniformes pour le télétravail

Compte tenu du nombre croissant d'infections, le gouvernement a demandé aux chefs d'administration de permettre à leurs collaborateurs de travailler jusqu'à trois jours par semaine à domicile. La CGFP a proposé d'aller au-delà de cette recommandation, pour autant que les besoins de services soient assurés. Cependant, une fois la crise surmontée, la CGFP se prononcera sur une alternance équilibrée entre le travail au bureau et le travail à domicile.

En effet, une introduction générale du télétravail dans le secteur public nécessiterait des règles uniformes et fiables, ont souligné les dirigeants de la CGFP. Toutefois, à l'heure actuelle, une grande partie de la responsabilité dans ce domaine incombe aux administrations. De nombreuses questions justifiées attendent toujours une réponse.

Un autre sujet évoqué lors de la réunion bilatérale a été la récente loi « Covid-19 » assurant une prolongation des mesures de l'état

d'urgence. La CGFP a rappelé qu'en début de mai elle avait déjà critiqué les deux projets de loi précédents. À l'époque, ces préoccupations avaient été largement ignorées par l'opposition et la presse. Malgré quelques modifications, la nouvelle version présente toujours des lacunes. En outre, le gouvernement s'est mis dans une situation délicate, car la loi nécessite des ajustements législatifs à intervalles rapprochés, rendant ainsi la gestion de crise encore plus difficile.

Par ailleurs, la CGFP s'est plainte d'avoir été presque complètement ignorée par le gouvernement lors du déconfinement au sein des administrations publiques (voir page 7). La CGFP et le CSV ont été d'avis qu'il n'existe pas de critères bien fondés sur lesquels le gouvernement aurait pu se baser lors de l'élaboration des mesures d'assouplissement.

Une démarche fortement regrettable

À l'issue de la réunion, la CGFP a dénoncé une motion déposée récemment par le CSV sur l'accès possible des citoyens européens à la Police Grand-Ducale. La CGFP a été surprise par cette avancée du plus grand parti d'opposition. Malheureusement, cette démarche regrettable est survenue au moment où le dialogue social s'était profondément dégradé. La CGFP et le CSV ont partagé l'opinion, qu'une pareille ouverture ne serait envisageable qu'après un examen approfondi de toutes les autres options.

Staatsschuld

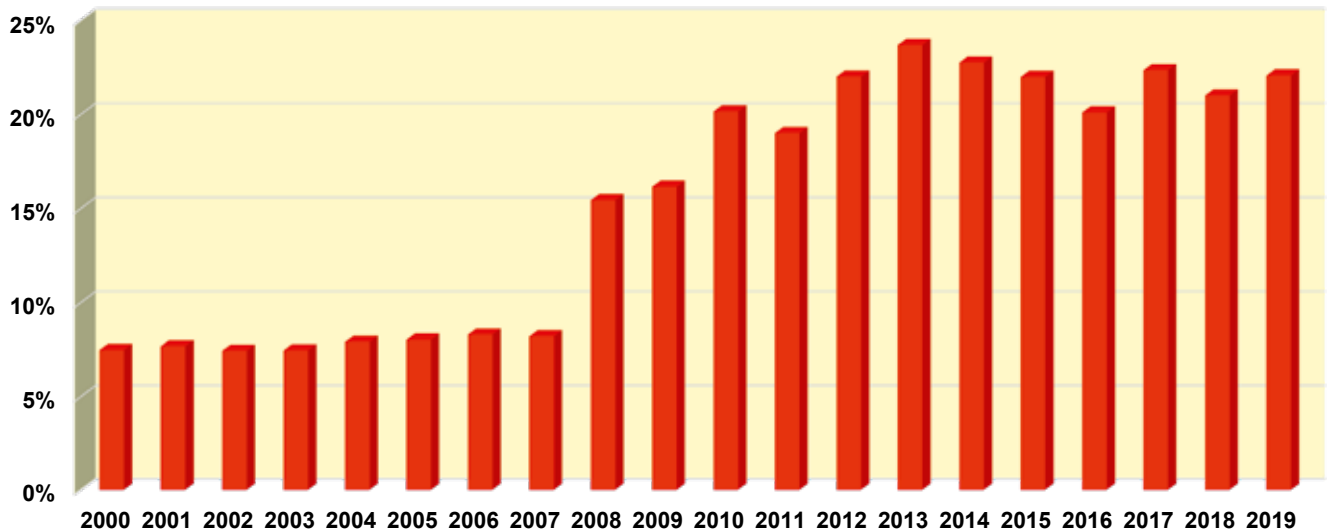
Auch die dümmsten Fake-News finden ihr gutgläubiges Publikum. Hieß es da nicht jüngst, dass unser Finanzminister es schaffen musste, binnen weniger Tage eine Staatsanleihe von mehreren Milliarden Euro aufzulegen, um am Monatsende die Gehälter des öffentlichen Dienstes noch bezahlen zu können? Dies ist

natürlich Unfug in Reinkultur! Ende 2019 verfügte das Schatzamt (laut Jahresbericht des Finanzministeriums) über flüssige Mittel von 2.964 Millionen Euro, während die monatlichen Gehälter weniger als 400 Millionen Euro für den Zentralstaat oder 500 Millionen Euro für den Gesamtstaat (Sozialversicherungen und Gemeinden inbegriffen) betragen. Unser Staat gehört mit seiner (seit dem Corona-Ausbruch von 3 Ratingagenturen ausdrücklich bestätigten) AAA-Benotung eindeutig zu den

attraktivsten Schuldner Europas und der Welt. Deshalb konnten seine Anleihen von insgesamt 4 Milliarden Euro mit Laufzeiten von 5, 10 und 12 Jahren auch mit negativen Zinssätzen platziert werden, wobei der gewünschte Betrag durch die interessierten Banken bis zu achtmal überboten wurde. In Luxemburg erlaubt somit der gesunde Zustand der Staatsfinanzen durchaus ein vorübergehendes Budgetdefizit und eine Erhöhung der Staatsschuld, die jetzt zur Förderung des Aufschwungs erforderlich sind.

Die Staatsschuld ist traditionell niedrig und bleibt AAA bewertet

Luxemburgs staatliche Gesamtverschuldung in % des Bruttoinlandsproduktes



Staatsfinanzen

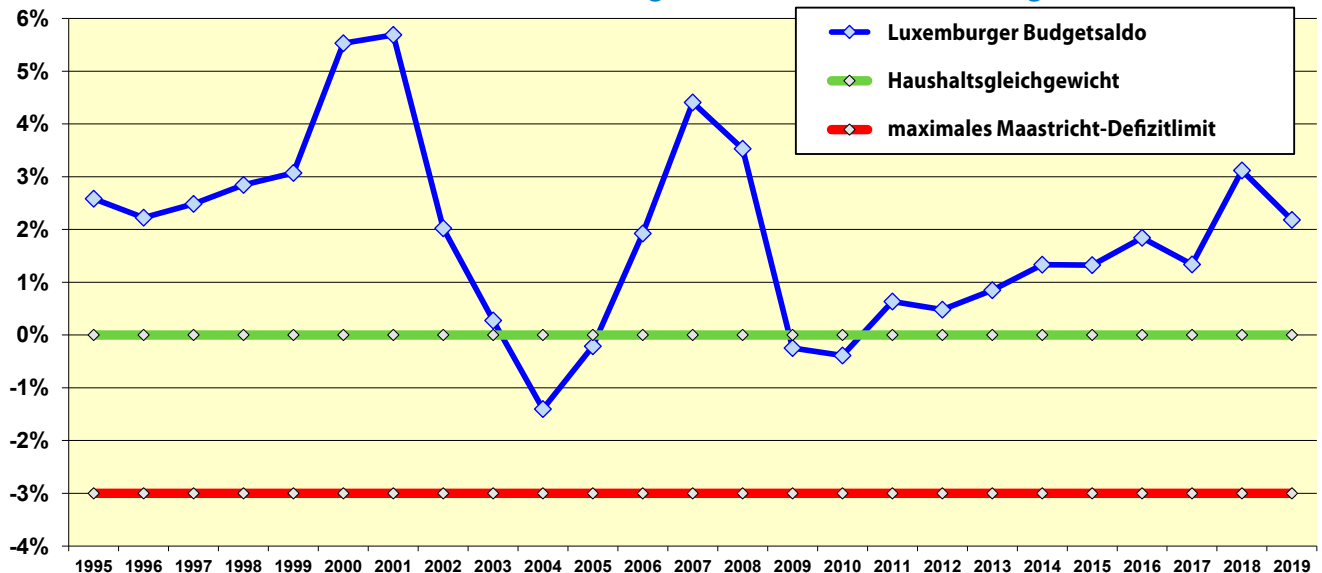
Profilierungssüchtige politische Sparfanatiker unterschiedlichster Parteizugehörigkeit verteuern immer wieder unsere Budgetpolitik, die seit Jahrzehnten, im europäischen sowie im weltweiten Vergleich, mustergültig ist. In den

letzten 25 Jahren waren, gemäß der bekannten Maastricht-Formel, die Jahreskonten unseres Gesamtstaates 21 Mal positiv und nur 4 Mal negativ, nie aber jenseits der Maastricht-Defizitobergrenze von 3 % des BIP. Zum Vergleich: Die entsprechenden französischen Jahreskonten waren nicht ein einziges Mal im Plus, also 25 Mal defizitär, 18 Mal davon betrug das Minus mehr als 3 %. In unserem Falle

wäre es eine falsche Budgetpolitik, erforderliche Infrastrukturinvestitionen jetzt zurückzustellen oder gerechtfertigte Sozialleistungen herabzufahren. Zudem darf es 2021 auch keine Steuererhöhungen geben; wir brauchen weder Budgetpanik noch Austeritätshysterie, sondern vielmehr eine besonnene und nachhaltige Politik der ruhigen Hand.

Unsere Staatsfinanzen sind seit Jahrzehnten gesund

Saldo der öffentlichen Haushaltskonten gemäß Maastricht-Berechnung (in % des BIP)



Personalkosten

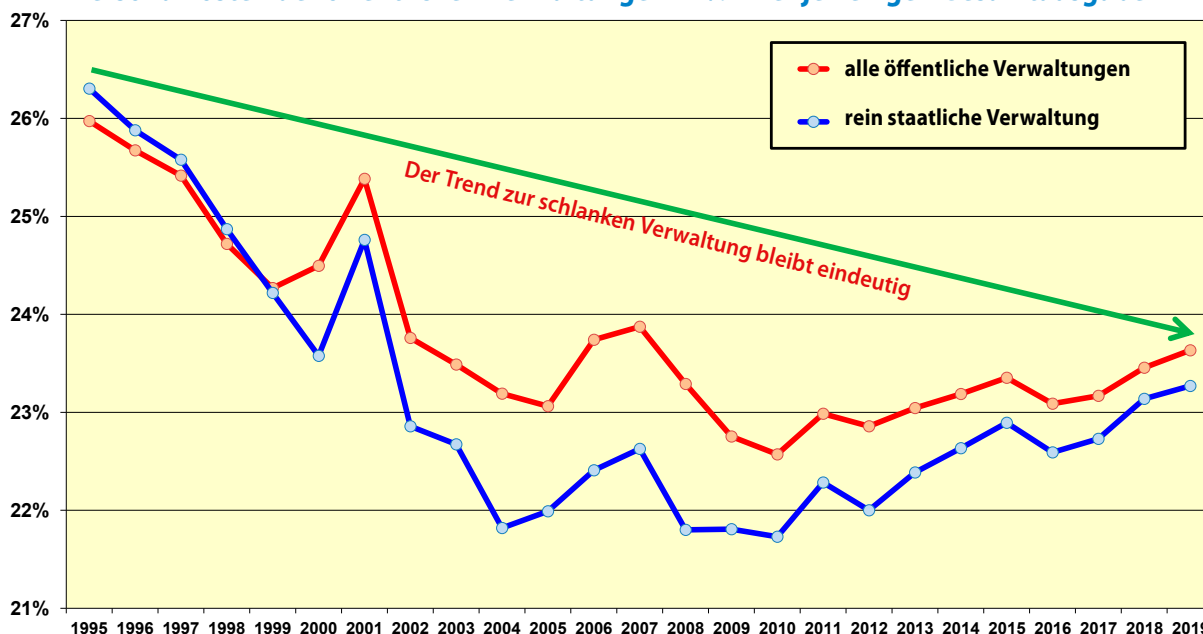
Als unlängst die Pandemie zuschlug, lieferten der robuste Staatsapparat und seine Mitarbeiter jenen soliden Widerstand, der von ihnen erwartet wurde. Zudem stimmte der öffentliche Dienst, im Geiste nationaler Solidarität, voll den Hilfsmaßnahmen zu, die den Beschäf-

tigten und den Betrieben des Privatsektors gewährt werden mussten. Wenn jetzt aber in populistischen Kreisen Forderungen aufkommen, dem Personal der öffentlichen Funktion Sonderopfer aufzuerlegen, zum angeblichen Zweck sozialer Gleichschaltung, dann ist dies reinste Demagogie. Unsere Staatsdiener stellen keinen bürokratischen Moloch und auch keine überbeuerte Bürde für das Land und seine Wirtschaft dar. Eindeutig belegen dies nicht nur

internationale Vergleiche, sondern auch eine gründliche historische Analyse. 2019 betrug die Personalkosten des Staates nur 23,3 % der öffentlichen Gesamtausgaben gegenüber 26,3 % vor 25 Jahren. Auch im Zeitraum von 1950 bis 1995 war der entsprechende Anteil stets höher als heute. Zudem beweist die derzeitige Krise eindeutig, dass unser Volk einen starken und keinen schwächeren Staat braucht. Und bekanntlich hat Qualität ihren Preis.

Die staatlichen Personalkosten: moderat und niedriger als vor 20 Jahren

Personalkosten der öffentlichen Verwaltungen in % ihrer jeweiligen Gesamtausgaben



Wettbewerbsfähigkeit

Die Pandemie hat verschiedene Wirtschaftssektoren stark getroffen. Ihnen wurde kurzfristig massiv geholfen; punktuell werden noch weitere substanzielle Hilfen für einige Bereiche und Unternehmen notwendig sein. Viele Sektoren aber waren kaum bis gar nicht betroffen oder konnten sogar einen direkten Nutzen aus

der Krise ziehen. Deshalb ist eine Gießkannenpolitik nicht gerechtfertigt. Es ist somit vor allem auch nicht hinnehmbar, dass gewisse Patronatsvertreter die krisenbedingte Lage nutzen wollen, um mit dem Argument einer angeblich bedrohten Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft einen generellen Sozialabbau einzu-

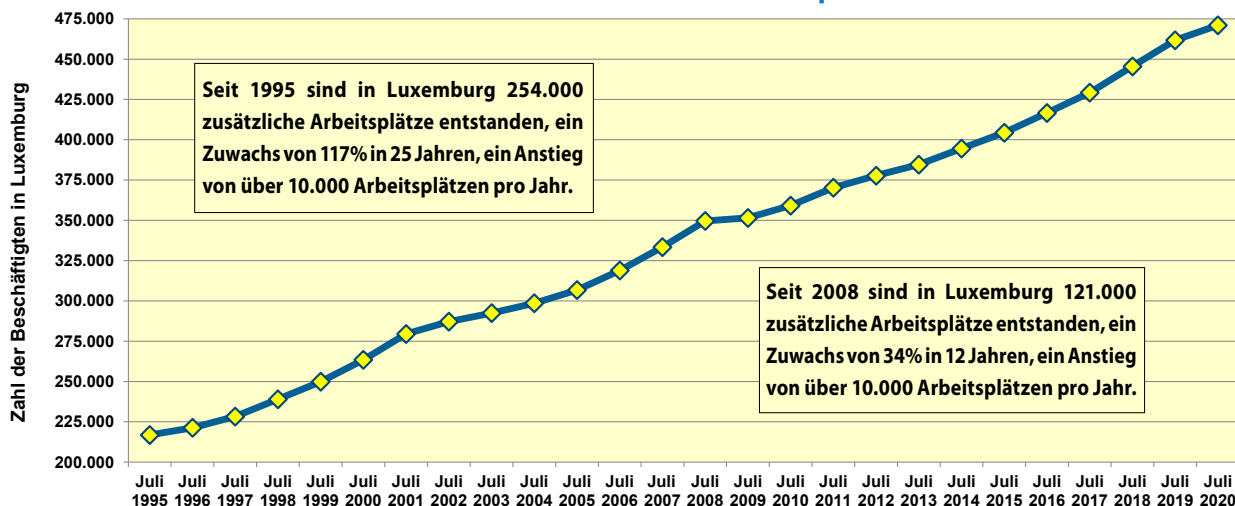
fordern. Gleichermäßen inakzeptabel ist deren Vorschlag, die Steuerlast noch weiter von den Unternehmen auf die Haushalte umzuverteilen.

Luxemburg war und bleibt ein hochproduktives und ein extrem kompetitives Land, ein sehr attraktiver Wirtschaftsstandort, wie es die relevanten Langzeitstatistiken belegen, etwa jene zum BIP-Wachstum, zur externen Leistungsbilanz oder (siehe unsere Grafik) zur Arbeitsplatzentwicklung.

Paul Zimmer

Der Wirtschaftsstandort Luxemburg ist seit Jahrzehnten im Aufschwung

Auch in Krisenzeiten sind zusätzliche Arbeitsplätze entstanden





Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.